

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Steffen Kampeter, Ilse Aigner, Norbert Barthle, Jochen Borchert, Klaus Brähmig, Manfred Carstens (Emstek), Albrecht Feibel, Herbert Frankenhauser, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Ernst Hinsken, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Bernhard Kaster, Norbert Königshofen, Dr. Michael Luther, Kurt J. Rossmann, Georg Schirmbeck, Dr. Ole Schröder, Antje Tillmann, Klaus-Peter Willsch, Dagmar Wöhl und der Fraktion der CDU/CSU

Ehrliche Abschlussbilanz als Grundlage einer neuen Politik für Wachstum, Arbeit und Sicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Schlussbilanz der rot-grünen Bundesregierung ist katastrophal:

Deutschland hat seine wirtschaftliche Dynamik verloren. Das durchschnittliche Wachstum der letzten sieben Jahre hat sich gegenüber den Jahren 1990 bis 1998 fast halbiert. Im Europa der 25 liegt Deutschland auf den letzten Plätzen. Die Zahl der Arbeitslosen hat Rekordhöhen erreicht. All dies hat verheerende Folgen für die Menschen in unserem Land und ihre Zukunftshoffnungen.

Die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte befinden sich nach sieben Jahren Rot-Grün in einem schlimmen Zustand. Chancen künftiger Generationen werden durch ungehemmtes Auftürmen weiterer Schulden zunichte gemacht, Auswege aus der Wirtschafts- und Haushaltsmisere von der Bundesregierung nicht aufgezeigt. Der Bundeshaushalt als „Schicksalsbuch der Nation“ ist unter Rot-Grün zu einem „Märchenbuch“ gemacht worden:

- So läuft der Bundeshaushalt 2005 völlig aus dem Ruder. Die sich für dieses Jahr abzeichnende zusätzliche Milliarden-Lücke wird von der Bundesregierung tatenlos ignoriert – damit täuscht sie die Menschen über die Hilflosigkeit ihrer Politik.
- Für 2006 hat das rot-grüne Bundeskabinett nicht einmal mehr einen Haushaltsentwurf beschlossen – damit verweigert die Koalition ihre Antworten auf die zentralen Herausforderungen unseres Landes.

Unverantwortlich ist, dass die einst als „Projekt“ überhöhte Koalition von SPD und BÜNDNIS 90/GRÜNEN sich einer ehrlichen Bilanz ihrer siebenjährigen Regierungszeit verweigert. Nach der Euphorie des Wahlsiegs 1998 machte die Regierung Schröder zunächst wichtige Reformschritte ihrer Vorgänger bei Arbeitsmarkt, Gesundheit und Rente rückgängig. Der anschlie-

ßenden „Politik der ruhigen Hand“ folgte nach der Wahl 2002 die vorher nicht angekündigte „Agenda 2010“. Dieses Hin und Her sowie die angesichts von 4,77 Millionen registrierten Arbeitslosen unhaltbare Behauptung einer angeblich erfolgreichen Politik hat die Menschen zutiefst verunsichert. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat jedes Vertrauen verspielt. Am Ende seines Weges fehlt ihm sogar die Gefolgschaft seiner eigenen Partei.

2. Damit eine neue Politik Wachstum, Arbeit und Sicherheit möglich machen kann, ist eine ehrliche Abschlussbilanz unverzichtbar.

Nach wie vor befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer tiefen, strukturell bedingten Wachstums- und Beschäftigungskrise, die die Stabilität unseres Gemeinwesens und die soziale Sicherheit des Einzelnen gefährden. Das Fundament unserer sozialen Sicherungssysteme ist mittlerweile brüchig, die Renten sind nicht mehr sicher, der Arbeitsmarkt ist inflexibel und verfestigt, das Steuerrecht ist international nicht mehr wettbewerbsfähig und die Staatsverschuldung explodiert. Nach sieben Jahren rot-grüner Politik ist festzustellen:

- Das Wirtschaftswachstum ist seit Jahren deutlich niedriger als in den anderen EU-Mitgliedstaaten. In diesem Jahr wird es ohne Aufbruchsignale, etwa durch die Wahl einer neuen Bundesregierung, bei noch nicht einmal real 1 Prozent verharren.
- Der Aufbau Ost ist unter Rot-Grün ins Stocken geraten. In der Wirtschaftsentwicklung hat sich die Schere zwischen Ost und West weiter geöffnet.
- Fast 40 000 Unternehmen mussten seit 2003 in Deutschland Jahr für Jahr Insolvenz anmelden. Ein Ende dieser Negativentwicklung ist unter dieser Bundesregierung nicht absehbar.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist nach wie vor im freien Fall. Gemäß der jüngsten Monatsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Deutschland nur noch 26,16 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das sind im Vergleich zum Vorjahresmonat 356 000 weniger. Je Arbeitstag sind damit in Deutschland 1 619 Arbeitsplätze weggefallen. Im Vergleich zum Juni 1998 gibt es damit in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte weniger. In den neuen Ländern ist diese negative Entwicklung besonders deutlich spürbar.
- Korrespondierend zur schwindenden Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter steigt die Zahl der Arbeitslosen unaufhörlich an. Im Juli dieses Jahres zählt die Bundesagentur für Arbeit 4,77 Millionen registrierte Arbeitslose. Hinzu kommen noch einmal 1,3 Millionen Menschen, die arbeitslos sind, in der Statistik jedoch nicht mitgezählt werden, weil sie an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen. Damit gibt es derzeit tatsächlich rd. 6 Millionen arbeitslose Menschen in Deutschland.
- Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung fällt Deutschland im internationalen Wohlstandsvergleich immer weiter zurück. Lag das Pro-Kopf-Einkommen bis zum Jahr 2001 noch über dem Durchschnitt der 15 EU-Mitgliedstaaten, liegt es seitdem darunter. Nur noch die südeuropäischen Länder Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind im Schnitt ärmer als die Deutschen.

Die Wachstums- und Beschäftigungskrise ist das Ergebnis einer falschen Politik dieser Bundesregierung, die kein Konzept hat, um Deutschland aus der Krise herauszuführen. Statt die notwendigen Strukturreformen vor allem auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen, im Steuerrecht

und auf dem Feld der Deregulierung und Entbürokratisierung kraftvoll und aktiv voranzubringen, um so das Wirtschaftswachstum zu steigern, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Krise also ursachenadäquat zu bekämpfen, verweist die Bundesregierung auf eine vermeintlich schwache konjunkturelle Entwicklung und bleibt untätig. Sie beharrt darauf, dass weitergehende Strukturreformen nicht notwendig seien, und hofft darauf, dass die Probleme sich von selbst lösen, wenn erst die Konjunktur wieder anzieht. Mit dieser Tatenlosigkeit verschlimmert sie die Situation, weil die europäischen Nachbarstaaten in den letzten Jahren ihre nationalen Standortbedingungen zum Teil deutlich verbessert und damit an Attraktivität für Unternehmen gewonnen haben. Diese Länder haben erkannt, dass eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik die Voraussetzung ist für eine wirtschaftliche Gesundung ihrer Volkswirtschaften. Deutschland, ein Land voller Chancen und riesiger Potenziale, ist unter Rot-Grün zurückgefallen und bleibt gegenwärtig weit unter seinen Möglichkeiten, weil diese Bundesregierung nicht handelt.

Gleichzeitig hat die Tatenlosigkeit der Bundesregierung eine Verschuldungsspirale in Gang gesetzt, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte einmalig ist. Die Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt ist in den vergangenen Jahren dramatisch in die Höhe geschnellt. Unter Einrechnung der für 2005 zu erwartenden tatsächlichen Neuverschuldung von rd. 40 Mrd. Euro hat diese Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme 1998 rd. 160 Mrd. Euro neue Schulden angehäuft. Gleichzeitig hat sie in diesem Zeitraum unter Einrechnung der UMTS-Erlöse Bundesvermögen in einem Umfang von über 110 Mrd. Euro verschleudert und damit verschleiert, dass ihr der Mut fehlt, die Strukturprobleme anzugehen. Insgesamt lagen in den vergangenen sieben Jahren die laufenden Ausgaben um rd. 270 Mrd. Euro über den laufenden Einnahmen.

Im Haushalt 2005 übersteigen die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen um 55 bis 60 Mrd. Euro – „gedeckt“ nur durch Neuverschuldung und Einmaleinnahmen wie Privatisierungserlöse und Forderungsverkäufe. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die Ausgaben für soziale Sicherung, Zinsen und Personal im Bundeshaushalt höher als die Steuereinnahmen. Mit anderen Worten: Für die Aufgaben äußere und innere Sicherheit, Bildung, Forschung oder Investitionen steht kein Euro aus Steuereinnahmen zur Verfügung. Diese wichtigen Aufgaben werden somit fast ausschließlich über neue Schulden und Einmaleinnahmen finanziert. Wenn spätestens 2007 nach den Plänen der rot-grünen Bundesregierung das letzte Tafelsilber veräußert ist, wird etwa ein Viertel der Bundesausgaben ausschließlich durch neue Schulden finanziert. Das zeigt die dramatische strukturelle Schiefelage im Bundeshaushalt und den notwendigen Konsolidierungsbedarf.

Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel tragen für diese Politik des ungehemmten Schuldenmachens persönlich die Verantwortung. Sie sind es, die unter der tätigen Mithilfe der Grünen mit ihrer Schuldenpolitik unseren Kindern und Kindeskindern wahre Mühlsteine um den Hals gelegt haben, obgleich sie immer von der Notwendigkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik sprechen. Schon heute liegt der Anteil der Zinslast am Haushaltsvolumen bei 15 Prozent – und das bei historisch niedrigen Zinsen. Allein ein Anstieg des jahresdurchschnittlichen Zinsniveaus um einen Prozentpunkt hätte Mehrausgaben von fast 9 Mrd. Euro zur Folge. Jeder fünfte Steuer-Euro muss derzeit für den Schuldendienst herhalten und steht für Zukunftsausgaben nicht mehr zur Verfügung. Die Zinsausgaben sind mittlerweile fast doppelt so hoch wie die Investitionsausgaben. Damit nimmt diese Bundesregierung zukünftigen Generationen jegliche politische Handlungsspielräume.

Seit 2002 missachtet und verletzt Deutschland unter dieser Bundesregierung nationale und internationale Verschuldungsgrenzen. In den vergangenen drei Jahren übertraf die Neuverschuldung im Bundeshaushalt jeweils die Summe der Investitionsausgaben und damit die verfassungsrechtliche Grenze des Artikels 115 Grundgesetz. Auch 2005 lässt sich auf Grund rot-grüner Untätigkeit die erneute Grundgesetzverletzung nicht mehr verhindern. Das Gleiche gilt für den ebenfalls seit 2002 kontinuierlichen Verstoß gegen den europäischen Stabilitätspakt. Für 2005 geht die EU-Kommission von einem gesamtstaatlichen Defizit von nahe 4 Prozent aus und hat bereits angekündigt, das derzeit ruhende Defizitverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wieder aufzunehmen, weil den Versprechungen von Finanzminister Hans Eichel Anfang 2004 im ECOFIN, das Defizit zu senken, keine Taten gefolgt sind. Damit drohen 2006 Strafzahlungen an die EU, wenn kein glaubwürdiger, realistischer Konsolidierungspfad zu einem ausgeglichenen Haushalt vorgelegt wird. Dies verschweigt die Bundesregierung bislang und täuscht damit die Öffentlichkeit.

Weder Bundeskanzler Gerhard Schröder noch Finanzminister Hans Eichel haben bisher dargelegt, wie sie ihren Marsch in den Schuldenstaat stoppen und die Entwicklung umkehren wollen. Auch die Wahlprogramme von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben hierzu keine belastbare Auskunft. Stattdessen versuchen sie nach wie vor eine Wohlstandsillusion zu verbreiten und die Lage schönzureden. Damit täuschen sie bewusst die Öffentlichkeit, um Wählerstimmen zu gewinnen. Das Muster ähnelt der Wählertäuschung vor der Bundestagswahl 2002: Damals wurde den Wählerinnen und Wählern erstens die tatsächliche Haushaltssituation verschwiegen. Zweitens wurde die Verletzung von europäischem Stabilitätspakt und Verschuldungsgrenze des Grundgesetzes bis zur Bundestagswahl ausdrücklich in Abrede gestellt.

Auch der nunmehr von Finanzminister Hans Eichel vorgelegte Haushaltsentwurf 2006 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2009 geben auf die offene Frage der Haushaltskonsolidierung keine Antwort. Allein die Tatsache, dass das Bundeskabinett den Entwurf des Finanzministers lediglich zur Kenntnis nehmen durfte, ohne darüber zu beschließen, zeigt, dass das Zahlenwerk das Papier nicht wert ist, auf dem es gedruckt wurde. Unter der Überschrift „Weiter so!“ soll die Neuverschuldung 2006 erneut bei über 20 Mrd. Euro und die Privatisierungserlöse bei rd. 23 Mrd. Euro liegen. Insgesamt sollen also 2006 erneut Einmaleinnahmen in einem Volumen von fast 45 Mrd. Euro zur Deckung laufender Ausgaben mobilisiert werden. Dabei sind die sich im Haushalt 2006 erneut im zweistelligen Milliardenbereich bewegendenden Haushaltsrisiken noch gar nicht berücksichtigt. Wie die Dauerlücke zwischen Steuereinnahmen und Ausgaben geschlossen werden soll, lässt der Finanzminister ebenso offen wie die Frage, wie er Strafzahlungen an die EU angesichts der Tatsache vermeiden will, dass die Bundesregierung keinerlei Konsolidierungsanstrengungen unternimmt. In der mittelfristigen Finanzplanung gesteht Hans Eichel ab 2007 lediglich einen strukturellen Konsolidierungsbedarf beim Bund von 25 Mrd. Euro ein. Zwar ist dies nur die halbe Wahrheit, weil der tatsächliche Konsolidierungsbedarf weit darüber hinausgeht. Doch selbst wie diese Konsolidierung bewältigt werden soll, wird weder in Hans Eichels Haushaltsentwurf noch im Wahlprogramm der SPD erklärt. Stattdessen werden den Menschen weitere Wohltaten versprochen, die angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte nicht bezahlbar sind. Im Übrigen war diese Bundesregierung selbst im Jahr 2000, als das Wirtschaftswachstum real bei 3,2 Prozent lag, nicht in der Lage, ohne Neuverschuldung und Vermögensveräußerungen in erheblichem Umfang auszukommen. Diese Erfahrung spricht auch gegen die vage Versprechung im SPD-Wahlprogramm, in konjunkturell guten Zeiten zu sparen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Wählerinnen und Wählern die Lage der deutschen Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen unverzerrt und ehrlich darzustellen und nicht wie vor der Bundestagswahl 2002 Realitäten zu übergehen und zu verfälschen, strukturelle Reformnotwendigkeiten zu verschweigen und so die Wählerinnen und Wähler zu täuschen,
- den Wählerinnen und Wählern zu erklären, wie sie die Lücke zwischen Steuereinnahmen und Ausgaben ab 2007 finanzieren wollen, wenn alles verwertbare Staatsvermögen des Bundes Ende 2006 veräußert sein wird und künftig keine Einmaleinnahmen aus Privatisierungen mehr zur Verfügung stehen,
- den Wählerinnen und Wählern zu erklären, wie Strafzahlungen an die EU wegen Verletzung des Stabilitätspakts vermieden werden sollen angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung zum Sparen und Konsolidieren des Bundeshaushalts nicht den Mut aufbringt,
- in den kommenden Wochen alles zu unterlassen, was den Bundeshaushalt noch tiefer in die Krise führt und ihre unverantwortliche Politik zu Lasten unserer Kinder und Kindeskinde nicht fortzusetzen, sondern die selbst herbeigerufene Entscheidung des Souveräns abzuwarten.

Berlin, den 15. August 2005

Dr. Michael Meister
Steffen Kampeter
Ilse Aigner
Norbert Barthle
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Manfred Carstens (Emstek)
Albrecht Feibel
Herbert Frankenhauser
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Ernst Hinsken
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb
Bernhard Kaster
Norbert Königshofen
Dr. Michael Luther
Kurt J. Rossmann
Georg Schirmbeck
Dr. Ole Schröder
Antje Tillmann
Klaus-Peter Willsch
Dagmar Wöhrl
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

